



# Modernisierung der Doppik in Brandenburg

Wildauer Verwaltungstag am 13. September 2023

Landkreistag Brandenburg, Dr. Holger Obermann

# Einleitung

- Entwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Modernisierung des Kommunalrechts – **Kommunalrechtsmodernisierungsgesetz** – (LT-Drs. 7/7839)
- **Modernisierung** allgemeiner Vorschriften/ Haushaltsrecht (Doppik)
- **Evaluationsbericht 2012** zur Novellierung der Kommunalverfassung (LT-Drs. 5/4747)
- **Inkrafttreten** am Tag der Kommunalwahl am 9. Juni 2024/  
Änderungen im Haushaltsrecht am 1. Januar 2025

# Vorbereitung der Reform

- **Eckpunktepapier** MIK vom 6. Oktober 2021
- **Abschließende Fassung** vom 18. März 2022: Diskussion im Landtag
- Erarbeitung der **Gesetzentwürfe** KommRModG und KomHKV
- **AG Doppik** beim MIK
- Viele **Stellungnahmen**: die Meinungen gehen auseinander...

# Änderungen in der Kommunalverfassung

- Haushaltsgrundsätze: Die Haushaltswirtschaft ist so zu planen und zu führen ist, dass die **dauernde Leistungsfähigkeit** der Gemeinde sichergestellt ist (§ 62 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf-E).
- **Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** dürfen erst begonnen werden, wenn die Finanzierung gesichert ist (§ 62 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf-E).
- Der **gesetzliche Haushaltsausgleich** erstreckt sich auf das **Gesamtergebnis** im Ergebnishaushalt und den **Finanzhaushalt** (§ 62 Abs. 6 bis 8 BbgKVerf-E).
- Das **Haushaltssicherungskonzept** wird Bestandteil der Haushaltssatzung und nicht mehr gesondert beschlossen (§ 68 Abs. 1 BbgKVerf-E).

# Änderungen in der Kommunalverfassung

- Bei **Nachtragssatzungen** braucht das HSK nur noch fortgeschrieben werden, wenn sich der Fehlbetrag erhöht oder der Haushaltsausgleich erst in einem späteren Jahr erreicht wird (§ 70 Abs. 4 BbgKVerf-E).
- Zuführungen zu Rückstellungen oder erhöhte Abschreibungen bedürfen keiner **Zustimmung der Vertretung** mehr, wenn diese erst bei Aufstellung des Jahresabschlusses festgestellt werden (§ 72 Abs. 4 BbgKVerf-E).
- Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** muss nicht mehr durch die Kommunalaufsichtsbehörde genehmigt werden, wenn der Haushaltsausgleich im Haushaltsjahr und im mittelfristigen Planungszeitraum dargestellt wird (§ 75 Abs. 5 BbgKVerf-E).

# Änderungen in der Kommunalverfassung

- Der Kommunalaufsichtsbehörde ist mit dem beschlossenen Jahresabschluss der **Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes** vorzulegen (§ 80 Abs. 5 BbgKVerf-E).
- Die Gemeindevertretung kann beschließen, auf den **Gesamtabschluss** zu verzichten oder von den inhaltlichen Vorgaben abzuweichen (§ 81 Abs. 9 BbgKVerf-E).
- Werden Jahresabschlüsse durch Wirtschaftsprüfer geprüft, muss das **Rechnungsprüfungsamt** künftig erst nach drei statt wie bisher nach zwei Jahren selber prüfen (§ 102 Abs. 3 BbgKVerf-E).

# Entwurf KomHKV

- Stand: **Arbeitsentwurf** vom 24. März 2023
- **Referentenentwurf** Ende 2023/Anfang 2024
- Zeitgleich Anpassung **VV Produkt- und Kontenrahmen** (Muster)

# Entwurf KomHKV

- **Produktziele und Kennzahlen** müssen in den Teilhaushalten nur noch für wesentliche Produkte gebildet werden (§ 6 Abs. 4 KomHKV-E).
- Im Vorbericht ist anzugeben, inwieweit **Ermächtigungen für Investitionskredite** in Anspruch genommen worden sind (§ 9 Abs. 3 Nr. 1 KomHKV-E) und der im Finanzhaushalt ausgewiesene Zahlungsmittelbestand durch Kreditermächtigungen aus Vorjahren gebunden ist (§ 9 Abs. 3 Nr. 5 KomHKV-E).
- Die Darstellung von vorjährigen **Zielabweichungen** im Vorbericht entfällt (§ 9 Abs. 3 Nr. 8 KomHKV).
- Die Erweiterung des mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplans bei einem **Doppelhaushalt** um ein Jahr entfällt (§ 11 Abs. 2 KomHKV).



# Entwurf KomHKV

- Vor der Veranschlagung von **Investitionen** sind Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen, dies wird im Gesetzeswortlaut präzisiert; für Investitionen ohne erhebliche finanzielle Bedeutung ergeben sich Vereinfachungen (§ 15 Abs. 1 KomHKV-E).
- Die **dauernde Leistungsfähigkeit** wird definiert. Sie ist gegeben, wenn in jedem Jahr der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung der Ausgleich im Ergebnis- und Finanzhaushalt erreicht wird und die Kommune nicht überschuldet ist. Eine Überschuldung liegt vor, wenn die Schulden das Vermögen übersteigen (§ 24 KomHKV-E).
- Eine körperliche **Inventur** von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens ist nur noch alle fünf statt bisher alle drei Jahre durchzuführen (§ 32 Abs. 2 KomHKV-E).

# Entwurf KomHKV

- Auf die **Inventarisierung** abnutzbarer Vermögensgegenstände darf verzichtet werden, wenn die Anschaffungs- und Herstellungskosten den Betrag 1.000 Euro nicht überschreiten (§ 33 Abs. 4 KomHKV-E).
- Die Pflicht zur Bildung von **Pensions- und Beihilferückstellungen** wird für die Kommunen als Mitglieder im Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg aufgehoben (§ 36 Abs. 2 KomHKV-E).
- Für **Lohn- und Gehaltszahlungen** brauchen für die Freistellungsphase der Altersteilzeit keine Rückstellungen mehr gebildet werden (§ 37 Abs. 2 KomHKV-E).
- Die **Abschreibungstabelle** des MIK entfällt; die Kommunen entscheiden nach örtlicher Einschätzung über die Abschreibungsdauer (§ 50 Abs. 2 KomHKV).

# Entwurf KomHKV

- Bei **Geringwertigen Wirtschaftsgüter** mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht höher als 1.000 Euro besteht künftig ein Wahlrecht, sie über die Nutzungsdauer abzuschreiben, die Abnutzung direkt als Aufwand zu verbuchen oder einen Sammelposten zu bilden, der über fünf Jahre zu je 20 % erfolgswirksam aufgelöst wird (§ 39 Abs. 3 KomHKV-E).
- Mit der **Festsetzung, Stundung und Niederschlagung** von Forderungen dürfen in den Kommunen fachlich geeignete Bedienstete beauftragt werden; bislang ist dies ausdrücklich Bediensteten der Gemeindekasse vorbehalten (§ 55 Abs. 4 KomHKV-E).

# Haushaltsausgleich: § 63 BbgKVerf

- Das **Ergebnis aus ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen** ist in jedem Jahr unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren in Plan und Rechnung auszugleichen.
- Es ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der **ordentlichen Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der ordentlichen Aufwendungen** erreicht oder übersteigt.
- Ist ein Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses trotz Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten und Ausschöpfung aller Ertragsmöglichkeiten sowie nach Verwendung von Rücklagemitteln und von Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses nicht möglich, ist ein **Haushaltssicherungskonzept** aufzustellen.

# Haushaltsausgleich: § 62 BbgKVerf-neu

- Der **Gesamthaushalt** ist im Ergebnis- und **Finanzhaushalt** auszugleichen.
- Der Ergebnishaushalt ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Summe aus dem Gesamtbetrag der Aufwendungen des Haushaltsjahres und den Fehlbeträgen aus Vorjahren sowie nach **Verwendung von Rücklagemitteln** erreicht oder übersteigt.
- Der **Finanzhaushalt ist ausgeglichen**, wenn im Finanzhaushalt der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ausgeglichen ist und darüber hinaus ausreicht, um die Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten zu leisten. Der Finanzhaushalt ist auch ausgeglichen, wenn ein negativer Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit und die Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten durch die Inanspruchnahme aus vorhandenen Zahlungsmittelbeständen (die nicht gesetzlich, vertraglich oder anderweitig gebunden sind) gedeckt werden können.
- Ist ein Ausgleich des Ergebnis- oder Finanzhaushaltes nicht möglich, ist ein **Haushaltssicherungskonzept** aufzustellen. Die Kommunalaufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen, wenn die **Fehlbeträge nicht erheblich** sind (§ 68 Abs. 1 BbgKVerf-E).

# Haushaltsausgleich: § 62 BbgKVerf-neu

- Welche Folgen werden mit den neuen Regelungen aus Sicht der Praxis voraussichtlich verbunden sein?
- Wie wirkt sich die Ausgleichspflicht auf die Finanzierung von Investitionen aus?
- Wird der Haushaltsausgleich unzumutbar erschwert?

# Gesamtabschluss: § 81 BbgKVerf-neu

- Die Gemeindevertretung kann künftig beschließen, auf den Gesamtabchluss zu verzichten oder von den inhaltlichen Vorgaben abzuweichen (§ 81 Abs. 9 BbgKVerf-E).
- Welche Bedeutung hat der Gesamtabchluss in der Praxis?
- Rechtfertigt der Nutzen den Aufwand? Welche Alternativen bestehen?
- Ist es sinnvoll, dass auf den Gesamtabchluss per Vertretungsbeschluss verzichtet werden darf?

# Pensions- und Beihilferückstellungen

- Die Pflicht zur Bildung von **Pensions- und Beihilferückstellungen** wird für die Kommunen als Mitglieder im Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg aufgehoben (§ 36 Abs. 2 KomHKV-E).
- Der Gesamtbetrag der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen soll im **Vorbericht** (§ 9 Abs. 3 Nr. 6 KomHKV-E) sowie im **Anhang zur Bilanz** (§ 47 Abs. 2 Nr. 9 KomHKV-E) aus Transparenzgründen ausgewiesen werden.
- Es wird eine **Übergangsregelung** zur Auflösung der Pensions- und Beihilferückstellungen geschaffen (§ 63 KomHKV-E). Ergebniswirksam gebildete Rückstellungen werden ergebniswirksam aufgelöst. Dies kann einmalig oder zur Vermeidung von Verwerfungen über einen längeren Zeitraum erfolgen. Der Zeitraum der Auflösung darf den Zeitraum bzw. die Anzahl der Jahre nicht überschreiten, in denen die Rückstellungen gebildet wurden.



# Die letzte Folie...

➤ Gibt es weitere Diskussionspunkte?

# Die allerletzte Folie...

➤ Ausblick zum weiteren Verfahren